



Liebe Leserinnen und Leser,

innerhalb der Union befinden wir uns aktuell in einer komplizierten Lage. Dennoch sind wir der Meinung, dass uns unsere gemeinsamen Werte und Ziele aus unserer fast 70-jährigen Gemeinschaft wieder einen werden. Der bessere Schutz der Außengrenzen ist in dieser Woche jedoch nicht nur ein Thema der Union, sondern steht auch auf der Tagesordnung des Europäischen Rates am Donnerstag und Freitag.

Außerdem war ich in der vergangenen Woche mit einer Delegation des Finanzausschusses bei der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat in Brüssel, wo wir uns zu aktuellen Entwicklungen in der europäischen Finanz- und Währungspolitik ausgetauscht haben.

I. Die politische Lage in Deutschland

Gemeinsam aus schwieriger Lage herausfinden.

Wir alle wissen, dass wir in einer schwierigen Lage in der Union sind. Die letzten zwei Wochen waren intensiv für uns, geprägt von Diskussionen untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern aus unseren Wahlkreisen. Wir sind uns bewusst, dass uns noch schwere Tage bevorstehen. Innerhalb der Union sind wir uns in den Zielen einig: Wir wollen Migration steuern und ordnen und die Zahl der kommenden Flüchtlinge über das schon erreichte Maß weiter reduzieren. Wir sind uns auch einig, dass der Versuch der Bundeskanzlerin richtig ist, bi- oder multilaterale Absprachen mit denjenigen EU-Mitgliedstaaten zu treffen, die von der Migrationsbewegung besonders betroffen sind. Wir alle wollen, dass nicht Schlepper oder Flüchtlinge den EU-Staat aussuchen, in dem ein Asylantrag gestellt wird. Eine nachhaltige Lösung der Migrationsfrage werden wir am besten gemeinsam mit unseren europäischen Partnern erzielen können. Entscheidend ist, dass weniger Flüchtlinge in die EU kommen, wir wollen ihnen stattdessen in den Herkunfts- und Transitstaaten helfen. Das ist eine Herkulesaufgabe, bei der wir seit 2015 schon viel erreicht haben, bei der wir aber mehr erreichen müssen.

Diese Ziele einen uns, bei der Frage nach den richtigen Maßnahmen sind wir bei fast allen einig. Jede Anstrengung, jede Mühe lohnt, diese Ziele gemeinsam umzusetzen und so unserem Land zu dienen. Das können wir am besten als starke Union, wie der Blick auf die Geschichte unserer Republik zeigt. Dieser Geist sollte uns auch in den Tagen nach dem Europäischen Rat leiten, wenn wir die Ergebnisse bewerten.

Europa zusammenhalten.

Beim Europäischen Rat stehen am 28./29. Juni drängende Fragen für den Zusammenhalt Europas auf der Tagesordnung. Es wird um Migration, einen besseren Außengrenzschutz und die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gehen. Weitere Themen des Europäischen Rates sind Fortschrittsberichte im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie ein erster Meinungsaustausch zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 und den Zeitplan bis zu seiner Verabschiedung.

Für den Eurogipfel im erweiterten Format sind eine Bestandsaufnahme zur Wirtschafts- und Währungsunion geplant sowie – falls möglich – erste Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Bankenunion und des Europäischen Stabilitätsmechanismus.

In der vergangenen Woche hat sich der deutsch-französische Ministerrat auf Schloss Meseberg auf die gemeinsame Erklärung „Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern“ verständigt. Darin sind gemeinsame Grundlinien für die Vorhaben des Europäischen Rates erarbeitet worden.

Griechenland kehrt an den Kapitalmarkt zurück.

Die Eurogruppe hat sich in der vergangenen Woche auf den Abschluss des dritten Hilfsprogramms für Griechenland geeinigt. Ein viertes Hilfsprogramm ist nicht erforderlich. Nach acht Jahren kann sich Griechenland wieder am Kapitalmarkt refinanzieren. Das Prinzip „finanzielle Hilfe als Gegenleistung für Reformen“ hat gewirkt.

Ein Schuldenerlass oder Schuldenschnitt ist nicht vorgesehen. Forderungen nach einem Rückkauf alter IWF-Darlehen sind ebenfalls vom Tisch. Der IWF bleibt mit seinen bisherigen Darlehen engagiert und wird auch mit seiner Expertise an der Nach-Programm-Überwachung mitwirken. Griechenland wird sich vierteljährlich einer verstärkten Überwachung durch die Institutionen stellen müssen. Damit wird sichergestellt, dass die griechische Regierung auf Reformkurs bleibt.

II. Die Woche im Parlament

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 in Brüssel und zum NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 in Brüssel. Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU stehen neben der Debatte um Migrationsfragen und das Gemeinsame Europäische Asylsystem die Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 im Mittelpunkt. Zudem geht es um die erzielten Fortschritte bei Sicherheit und Verteidigung, Innovation und Digitales. Ungeachtet fortdauernder transatlantischer Spannungen soll vom NATO-Gipfel ein Zeichen der Geschlossenheit des Bündnisses ausgehen. Die Bundesregierung wird den Gipfel dazu nutzen, um das Zwischenziel von 1,5 Prozent-Verteidigungsausgaben des BIP bis 2024 darzustellen. Des Weiteren soll eine Ausbildungs- und Beratungsmission zur Unterstützung der Stabilisierung im Irak beschlossen werden.

Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen. Der Schutz aller Verkehrsteilnehmer vor Unfällen ist ein vorrangiges Ziel der deutschen Verkehrspolitik. In unserem fraktionsübergreifenden Antrag begrüßen wir daher die Bemühungen der Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa für die Einführung technischer Einrichtungen zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern vor abbiegenden LKW. Wir fordern die Bundesregierung unter anderem auf, nationale Regelungen zu prüfen und umzusetzen, sofern eine europäische Lösung nicht zeitnah vereinbart werden kann. Nicht zuletzt sollten Investitionen in Abbiegeassistenzsysteme in Nutzfahrzeugen verstärkt gefördert werden.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale“. Wir setzen eine überfraktionelle Kommission ein, die zum Ziel hat, Antworten auf die vielfältigen technischen, rechtlichen, politischen und ethischen Fragen im Kontext der Nutzung von Künstlicher Intelligenz zu erarbeiten. Sie soll die damit einhergehenden Chancen, Potentiale und Herausforderungen untersuchen.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“. Wir beschließen außerdem die Einsetzung einer Kommission, die aufzeigen soll, wo und auf welche Weise die berufliche Aus- und Weiterbildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt angepasst werden muss. Die Kommission soll dem Bundestag vor Ablauf der Legislaturperiode berichten.

III. Persönliches

Mit einer Delegation des Finanzausschusses in Brüssel

In der letzten Woche war ich mit einer Delegation des Finanzausschusses in Brüssel. Mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament (ECON), Finanzkommissar Valdis Dombrowskis, Haushaltskommissar Günther Oettinger und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker haben wir über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Finanz- und Währungspolitik gesprochen. Außerdem standen die Chancen und Risiken der Bankenunion, mehr Stabilität im europäischen Bankensystem und der zukünftige Finanzrahmen der Europäischen Union auf der Tagesordnung.



Günther Oettinger hielt ein flammendes Plädoyer für ein europäisches Handeln nicht nur in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Europa muss geschlossen und einig handeln, um in Zukunft erfolgreich zu sein. Unser Europa mit seinen 500 Millionen Konsumenten ist ein einzigartiger Wirtschaftsraum, der nicht aus nationalen Interessen gespalten werden darf. Deutschland hat in besonderer Weise von einem geeinten Europa profitiert. Wachsender Wohlstand und gleiche Werte sind die besten Garanten für Frieden und Sicherheit.

Unsere Delegation der CDU/CSU-Fraktion (von rechts) bestehend aus: Dr. Hermann-Josef Tebroke (Mitglied im Finanzausschuss), Antje Tillmann (finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag), mir und Andreas Abmeier (Referent der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Fraktion)

Foto: privat

*Herzliche Grüße!
Carsten Brodesser*

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters ist:

Dr. Carsten Brodesser MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: +49 30 / 227 – 71401

Fax: +49 30 / 227 – 76301

carsten.brodesser@bundestag.de

www.carsten-brodesser.de

www.facebook.com/dr.carsten.brodesser